Leserbrief zur Frage der Woche Sächsische Zeitung Sz.leserbriefe@dd-v.de

## Ist die Energiewende noch bezahlbar?

Sehr geehrte Damen und Herren,

ob die Energiewende noch bezahlbar bleibt, ist eine berechtigte Frage. Ein Großteil der Nachrichten und Berichte der letzten Wochen scheint diese Frage schon negativ beantwortet zu haben. Hier wird maßgeblich über die steigenden Preise für unseren Strom berichtet. Für diesen Anstieg werden dabei in der Regel die Erneuerbaren Energien und deren Förderung verantwortlich gemacht. Dabei ist dies nur die halbe Wahrheit.

So hat die Agentur für Erneuerbare Energien nachgerechnet und festgestellt, dass der Strompreis in den letzten zehn Jahren um 10 Cent je kWh gestiegen ist. Die EEG-Umlage ist seitdem nur von ca. 0,4 Cent auf heute 3,6 Cent je kWh gestiegen. Wobei davon gerade einmal 2,1 Cent je kWh auf die Förderung der Erneuerbaren Energien entfallen. Die anderen Kosten werden durch die ausufernden Befreiungen energieintensiver Unternehmen, die von Schwarz-Gelb eingeführte Managementprämie und die Förderung der Off-Shore-Windparks verursacht. Auch in der für das kommenden Jahr angekündigten Preisrunde, bei der u.a. die DREWAG die Preise um zehn Prozent anheben will, ist der Anstieg nicht allein auf die steigende EEG-Umlage zurückzuführen. Darüber hinaus senken die Erneuerbaren Energien den Preis an der Strombörse in Leipzig, was zu Entlastungen von jährlich rund 2,5 Milliarden Euro führt. Diese Effekte werden aber nicht an den Privatverbraucher weitergegeben. Doch es profitieren von dem niedrigen Preis jene Industriebetriebe, die ihren Strom zum Teil direkt an der Börse einkaufen.

Folgekosten der fossilen Energieträger werden dagegen in der Regel sozialisiert, während die vier großen Energieversorger jährlich hohe Rendite einstreichen. An dieser Stelle sei auch das Endlagerproblem für unseren Atommüll genannt. Die Kosten für die Sicherung des Abfalls in den nächsten 100.000 Jahren kann im Moment keiner seriös abschätzen.

Gleichzeitig suggeriert die Eingangsfrage, dass die Strompreise nur wegen der Energiewende steigen werden. Dem ist aber nicht so. Auch in den Jahren ohne großen Ausbau der Erneuerbaren Energien stieg der Strompreis stetig an, obwohl die EEG-Umlage bis zum Jahr 2007 nicht einmal 1 Cent je kWh betrug. Woher nimmt die schwarz-gelbe Staatsregierung den Glauben, dass die Stromversorgung auf Basis der einheimischen Braunkohle bezahlbar bleibt? Ob sie dazu bereits Absprachen mit dem Unternehmen Vattenfall getroffen haben, die die Allgemeinheit nur noch nicht kennt? In der Konsequenz gaukelt man dem Bürger so vor, dass die Energieversorgung ohne Energiewende bezahlbar bliebe. Das kann man durchaus bezweifeln. Darüber hinaus lenkt die aktuelle Debatte auch von anderen Problemen bei unserer Energieversorgung ab. So entfallen rund drei Viertel der privaten Energiekosten auf unsere Heizung und unsere Mobilität. In diesen Bereichen stehen wir erst ganz am Anfang.

Lösungen sucht man dagegen bisher vergeblich. Ein "weiter wie bisher" lässt uns auch in Zukunft in Abhängigkeit von einem Erzeugungsoligopol und teilweise instabilen Erzeugerstaaten verharren. Das EEG und die Energiewende haben es zumindest geschafft, den Stromerzeugungsmarkt zu demokratisieren, regionale Wertschöpfung zu realisieren und tausende Arbeitsplätze zu schaffen. Die Energiewende mit dezentraler Energieerzeugung aus Biomasse, Erdwärme, Sonne, Wasser und Wind vermeidet schon mittelfristig weitere Kostensteigerungen bei der Energieversorgung. Bereits jetzt sind fast alle Erneuerbaren Energien einschließlich der Photovoltaik deutlich preisgünstiger als der Netzstrom.

Vielleicht ist es möglich, dass jeder Privathaushalt eine bestimmte Menge an Strom erhält, auf der bspw. die Abgaben nicht in voller Höhe zu zahlen sind. So könnte man die Kleinverbraucher entlasten. Dabei kann man sich ja am Durchschnittsverbrauch der Bundesrepublik orientieren. Sinnvoll ist diese Maßnahme aber nur, wenn man die Menge jährlich schrumpfen lässt und so die Bürger animiert aktiv Energie zu sparen. Parallel dazu wäre die Auflage eines umfangreichen Beratungsprogramms und eine Abwrackprämie für Haushaltsgeräte denkbar.

Die Energiewende wird Geld kosten, das ist klar. Sie bietet aber eine Zukunftsperspektive. Aber was wäre die Alternative dazu?

Mit freundlichen Grüßen

Jan Schubert Geschäftsführer VEE Sachsen e.V. www.vee-sachsen.de